„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. B. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Ein praktischer Vorschlag

Wir sind uns wohl alle darüber einig, daß mit der deutschen Muttersprache unser Deutschtum steht und fällt. Manch schönes und auch gutgemeintes Wort ist darüber schon geschrieben und gesprochen worden. Man fordert deutschen Unterricht für die Kinder deutschsprechender Eltern. Man tritt für die Pflege des Deutschen in der Familie ein. Man sucht da und dort das deutsche Lied zu fördern. Man richtet deutsche Bibliotheken ein, um den Lesehungrigen Gelegenheit zu deutscher Lektüre zu bieten. Große Vereine haben die Erhaltung der deutschen Muttersprache zu einem wichtigen Programmpunkt erhoben. Alle Anerkennung diesen Bestrebungen, diesem Ringen um das kostbare Erbgut unserer Väter!

Doch seien wir einmal aufrichtig gegen uns selbst! Bleibt es nicht in vielen Fällen nur bei der Theorie, während die Praxis weit hinter dem allgemein anerkannten Prinzip und hinter unseren Forderungen zurücksteht? Wenn es uns mit der Erhaltung unserer teueren Muttersprache wirklich ernst ist, bedarf es ganz anderer Anstrengungen, als sie bisher gelegentlich unternommen wurden. Wir müssen statt vieler Worte praktische Arbeit leisten und damit im Schoße unserer eigenen Familie beginnen.

Wir stehen zu allen möglichen englischen Firmen in geschäftlichen Beziehungen. Manche von ihnen sind weitherzig genug, auch das deutsche Publikum gebührend zu berücksichtigen. Sie rechnen sogar auf unsere besondere Unterstützung, wie ihre Anzeigen in den Spalten des „Courier" deutlich beweisen. Es sollte als eine besondere Aufgabe unsererseits gelten, jene Firmen, die in der deutschen Zeitung ihre Waren anbieten, in erster Linie mit Aufträgen zu bedenken. Es gibt auch andere große Geschäftshäuser, die es kaum der Mühe wert halten, im „Courier" ein Inserat erscheinen zu lassen oder einem Angestellten deutscher Abstammung Brot und Verdienst zu geben, aber doch ganz gerne das sauer verdiente Geld der deutschen Farmer annehmen.

Sollte uns das nicht zum Nachdenken anregen? Haben wir es da nicht daran fehlen lassen, unseren Einfluß in nachdrücklicher Weise zur Geltung zu bringen? Und wie verhältnismäßig leicht wäre das!

Wenn jeder deutschsprechende Mann es sich zur Pflicht machen wollte, mit den englischen Firmen nur in deutscher Sprache zu verkehren, deutsche Bedienung zu verlangen und nur deutsche Geschäftsbriefe zu schreiben, ganz gleich um welche Firma es sich handelt, so müßte man überall auf uns aufmerksam werden. Wenn täglich deutschgeschriebene Briefe in großer Zahl einlaufen würden, so würde man wohl oder übel alsbald Angestellte mit deutscher Sprachkenntnis heranziehen müssen.

Gehen wir noch einen Schritt weiter! Wie oft hört man Klagen darüber, daß große genossenschaftliche Organisationen, Farmerverbände und Geschäftsfirmen wenig oder keine jungen Leute deutscher Herkunft beschäftigen! Die heranwachsenden Kinder deutscher Eltern haben vielleicht sogar die Schulen des Landes besucht und ihre Prüfungen mit Erfolg bestanden, finden aber doch nicht schnell genug eine passende Anstellung, während andere ohne jeden vernünftigen Grund bevorzugt werden. Könnten wir mit dem oben gemachten Vorschlag nicht unserer Jugend unter die Arme greifen und ihr zum Vorwärtskommen verhelfen? Und welcher Ansporn wäre es für unsere jungen Leute, wenn sie einsehen würden, daß die Kenntnis der deutschen Sprache in Wort und Schrift für sie von wirtschaftlichem Vorteil ist! Dann würden sie gewiß mit viel größerem Eifer, aber auch mit viel mehr Liebe sich dem Studium des Deutschen widmen.

Zur Verwirklichung unseres praktischen Vorschlags kann jeder von uns beitragen. Es gehört nur ein klein wenig guter Wille dazu.

Oesterreichische Wahlen

Die Regierung des Bundesfreistaats Oesterreich bleibt bürgerlich, die Bundeshauptstadt Wien bleibt rot. Das ist das Resultat der Neuwahlen für die Stadtverwaltung und zum Nationalrat, der obersten Kammer der Bundesversammlung, des österreichischen Parlaments. Die bis aufs äußerste angespannte Bemühung der Sozialdemokraten, eine Mehrheit im Parlament zu gewinnen und damit die Regierung in die Hand zu bekommen, ist vergeblich gewesen, aber auch die Hoffnung der anderen Seite, der bürgerlichen Koalition, Wien ins bürgerliche Lager hinüberzuführen, ist zuschanden geworden. Die sozialistische Stadtverwaltung hatte sich zwar durch die von ihr angewandten Methoden der Zwangswirtschaft und andere von den Verhältnissen gebotene harte Maßnahmen unbeliebt gemacht; die Unbeliebtheit aber hat für einen Sturz des sozialistischen Stadtregiments nicht ausgereicht.

Die Stellung des Bundeskanzlers Dr. Seipel ist unerschüttert. Bei den Stadtwahlen sind die Kommunisten **an die Wand gedrückt worden.**

Das Listensystem, das für die Wahl vorgeschrieben ist, verzögert mit seiner Umständlichkeit das Bekanntwerden des Resultats in seinen Einzelheiten. Soweit dieses sich bereits übersehen läßt, **ist ein geringer Gewinn der Sozialdemokraten erkennbar.** In Wien scheinen sie einen Sitz gewonnen zu haben. In den übrigen Ländern haben die Christlichsozialen ihr bedeutendes Uebergewicht bewahrt. Eine wesentliche Aenderung der Verhältnisse hat nicht stattgefunden.

Die Beteiligung an den Wahlen war überall eine äußerst rege. Bis zu 100 Prozent der eingetragenen Wähler haben gestimmt.

Der Kampf hat zwischen Sozialisten und Bürgerlichen stattgefunden. Die ersteren hatten offen erklärt, daß die Wahl eine Kraftprobe im Klassenkampf darstellen solle. Es ging um das Parlament und durch dieses um die Oberherrschaft im Staat. Die Kraftanstrengung der Sozialisten war eine ungeheure gewesen. Die Stadt Wien war durch Riesenplakate tatsächlich rot angestrichen worden. An allen Wänden und an allen Litfaßsäulen prangten die Affiches, die Kinos wurden in den Dienst der sozialdemokratischen Sache gestellt. Die Kampagne hat Riesensummen gekostet, die nicht nur durch Arbeiterkreuzer und Arbeiterspenden und freiwillige Leistungen der „Ausgebeuteten" aufgebracht werden konnten. Den Hauptstoß unternahm die sozialdemokratische Generalität gegen den Beistand der Christlich-Sozialen auf dem Lande. Das Dorf wurde zum Mittelpunkt des Angriffs, um die christlichsoziale Position in den agrarischen Kreisen zu erschüttern. Zu diesem Zweck wurde der ganze Marxismus in die Ecke gestellt, sollte durch die weitgehendsten Konzessionen an die Mentalität der Dörfler deren Mißtrauen gegen die roten Antichristen gehoben werden. Aber schon das Resultat der Wahlen in den Bauernkammern von Niederösterreich hatte ergeben, daß die Christlich-Sozialen ihre Position festhielten; sie gewannen sogar ein Mandat.

Dem sozialdemokratischen Ansturm gegenüber schlossen sich die bürgerlichen Parteien zu einem Einheitsblock zusammen. Solche Einheit herzustellen, war eine schwierige Aufgabe, die so lange Zeit in Anspruch nahm, daß die andere Seite bei ihren Vorbereitungen einen bedeutenden Vorsprung gewann. Schließlich wurde indessen die Einheitsfront eine derartig breite, daß selbst die Hakenkreuzler in sie einrücken konnten, allerdings erst nach einer heftigen Auseinandersetzung, die im Wahlkreis Leopoldstadt ihren Höhepunkt erreichte und dort auch Erledigung gefunden hat. Die dortige Kandidatur eines Hakenkreuzlers wurde zurückgezogen, indessen standen immer noch ihrer zwei auf der Wahlliste des Blocks.

Die Stärke der einzelnen Parteien im Nationalrat der Landesversammlung des Bundesstreitsaats Oesterreich war bisher, auf Grund des Ergebnisses der Wahl vom 21. Oktober 1923, folgende: 82 Christlichsoziale, 68 Sozialdemokraten, 19 Großdeutsche Volkspartei, 5 Landbund; zusammen 165.

Weltwirtschaftskonferenz

Nach Mitteilung des Generalsekretariats des Völkerbundes wird die Weltwirtschaftskonferenz am 4. Mai um 11 Uhr vormittags unter der Präsidentschaft des früheren belgischen Ministerpräsidenten Theunis im Saale der Reformation zu Genf, in dem der Völkerbund seine Vollversammlungen abzuhalten pflegt, eröffnet werden.

Man beabsichtigt, alle Verhandlungen, also auch die der einzelnen Ausschüsse, öffentlich abzuhalten. Die Konferenz wird voraussichtlich 2½ bis 3 Wochen dauern. Außer den angemeldeten 200 Delegaten werden eine Reihe von Sachverständigen verschiedener Länder an der Konferenz teilnehmen. Während Präsident Theunis vom Völkerbundrate ernannt wurde, wird die Konferenz die Vizepräsidenten und die übrigen Beamten zu bestellen haben. Die Tagesordnung wird folgende Punkte umfassen:

1. Allgemeine Diskussion über die wirtschaftliche Weltlage; Analyse des gestörten Gleichgewichtes in der Wirtschaft; Wirtschaftslage und Frieden.
2. Handelsprobleme: Freiheit des Handels; Zölle; Handelsverträge; Handels- und Schiffahrtsforderungen.
3. Industrieprobleme: Produktionsverhältnisse; industrielle Schwierigkeiten; Produktionsorganisation; internationale Industrieabkommen; Austausch der Produktionsstatistik.
4. Landwirtschaftliche Probleme: landwirtschaftliche Produktionsbedingungen im Vergleich zu den Vorkriegsverhältnissen; Möglichkeit einer internationalen Aktion zur Behebung der Schwierigkeiten in der Landwirtschaft.

Weltumschau

Deutschland.

Kürzliche Versuche, den Völkerbund zum Eingreifen in die italienisch-südslawische Streitfrage über Albanien zu veranlassen, werden von der „Deutschen diplomatischen Korrespondenz", dem offiziösen Mundstück des Auswärtigen Amtes, der auslandischen Hinneigung zugeschrieben, die Verantwortlichkeit auf Deutschland, welches zur Zeit den Posten des Vorsitzes im Völkerbund innehält, abzuladen. Indessen wird betont, daß Deutschlands Vorsitzeramt nicht die geringste Einwirkung auf seine Haltung „absoluter Neutralität" haben könne. Derartige Bemühungen, sagt das Blatt, wären bezeichnend für die jahrelange Mißachtung der Welt von Deutschlands Mentalität. Im Hinblick auf die Schwierigkeiten der albanischen Lage und auf die mannigfachen dritten Interessen und Ziele hält das Blatt es für zweifelhaft, ob eine Einberufung des Völkerbundes in der gegenwärtigen Zeit ebenso zweckdienlich sein würde, wie direkte Verhandlungen zwischen Italien und Südslawien.

Mehr als 20 Personen wurden während einer Nationalistentagung in Essen verletzt, dem auch Adolf Hitler, der Führer der bayerischen Nationalsozialisten, und der nationalistische Führer von Schweden beiwohnten. Es kam zu Zusammenstößen mit Kommunisten und es wurde freigiebiger Gebrauch von Revolvern und Messern gemacht. Hitler, der dem Vorbeimarsch der Nationalisten von einem Automobil aus zusah, gab durch Zeichen zu verstehen, daß ihm die Polizei das öffentliche Reden verboten habe. Während des ganzen Tages patrouillierte die Polizei die Hauptstraßen ab und hielt Reserveabteilungen in Bereitschaft.

Ein bahnbrechender Fortschritt in der Technik des Telephons für Opern-Uebertragung ist in München erzielt worden. Die Erfinder der neuen Technik, Ministerialrat Dr. Steidle und Telegraphendirektor Winzheimer, hatten nach Ueberwindung der ersten Schwierigkeiten ratlos im Stillen weiter gearbeitet. Eindringliche Studien führten zu der Beobachtung, daß ähnlich wie beim stereoskopischen Sehen auch beim Hören minimalste Unsymmetrien in der Schallübertragung eine weitaus plastischere, sozusagen stereoskopische Schallwirkung erzielen. Da jedoch das bestehende Leitungsnetz über das ganze Land hin, sollen nicht untragbare Verkehrsstörungen entstehen, nicht gestattet, zwei selbständige Leitungen, für jedes Ohr eine auf getrennten Drähten, für die Uebertragung zum Hörer zur Verfügung zu stellen, entstand das Problem, die doppelte Mikrophon-Aufnahme so zu vereinigen, daß das stereoskopische Klangbild als Ganzes auf die Fernleitung übertragen werden kann; zugleich mußte das Verstärkersystem so geändert werden, daß auch weitere Entfernungen ohne Minderung der Klangwirkung überwunden werden können. Beide Probleme sind nun soweit gelöst, daß die stereoskopische Uebertragung von München über das ganze bayerische Leitungsnetz möglich ist und auch die Rheinpfalz mit der Uebertragung erreicht worden ist. In kurzem werden die letzten Schwierigkeiten behoben sein, so daß jede Sprechstelle im Reich angeschlossen werden kann. Die telephonische Klangübertragung unterscheidet sich von der drahtlosen im Rundfunk ganz wesentlich dadurch, daß die Klangfarbe bei der telephonischen Uebertragung unverändert bleibt. Ueber 100 Mikrophone, im Orchester und beim Sänger, nehmen den Ton von jedem Instrument und jeder Stimme gesondert auf und werden dann erst zu einem Gesamtklangbild vereinigt, so daß der Hörer feinste Nuancen im Klangbild wahrnehmen konnte. Mit der fortschreitenden Verdichtung des Fernsprechnetzes wird die unbegrenzte Möglichkeit von Anschlüssen an die Opern-Uebertragung gegeben werden; dann wird auch von selbst die Wirtschaftlichkeit eintreten und zugleich einem hohen kulturellen Bedürfnis weiterer Bevölkerungskreise, besonders auf dem platten Lande, Rechnung getragen werden können.

Oesterreich.

Die Universität Innsbruck, die südlichste deutsche Universität, hart an der Grenze des von Italien unterjochten deutschen Volkstums von Südtirol, hat die Feier ihres 250jährigen Bestehens abgehalten. Ihr Weltruf knüpft sich vornehmlich an die theologische Fakultät; aber auch aus den übrigen Lehrfächern sind bedeutende Männer der Wissenschaft hervorgegangen. Zahlreiche Lehrer anderer Hochschulen und Gelehrte, die aus Tirol stammen, nahmen ihren Aufstieg über die Innsbrucker Universität. — Am 26. April 1677 stellte Kaiser Leopold I. die Stiftungsurkunde für die Universität in Innsbruck aus. Schon 1665 hatten die Stände Tirols den Kaiser, den nachmaligen Gemahl der letzten Tiroler Erzherzogin Claudia Felicitas (1653—76), um Bewilligung einer Hochschule gebeten; dieser forderte 1668 Bericht, bestätigte am 15. Oktober 1669 den Vorschlag der Kostendeckung durch den Haller Salzaufschlag und damit sah man die Universität als bewilligt an und begann mit ihrer Errichtung. 1674—75 wurden erstmals Vorlesungen in allen vier Fakultäten gehalten; 1677 fünfzehn Doktoren der verschiedenen Fakultäten promoviert. Am 16. November 1677 wurde die Eröffnung der Universität feierlich begangen.

Ungarn.

Die Budapester Polizei konnte nur mit großen Schwierigkeiten einen Aufstand niederschlagen, der ausbrach, als ungarische nationalistische Studenten versuchten, eine unter dem Vorsitz von Prinz Karl Hohenlohe zum Zweck der Gründung einer paneuropäischen Liga stattfindende Versammlung zu sprengen. Die paneuropäische Flagge, die überall am Versammlungsgebäude aufgezogen war, wurde niedergerissen und die Studenten bewarfen den Prinzen mit faulen Eiern.

Polen.

Im Dorf Tluga Koscielna im Kreise Milosna tauchte vor einiger Zeit ein Fremder auf, der den Bauern erklärte, daß er aus dem alten polnischen Königshause stamme und ein Anrecht auf die polnische Krone habe. Er wies geheimnisvolle und für die Bauern wahrscheinlich unlesbare Dokumente vor, die mit mächtigen Siegeln ausgestattet waren. Das Ende dieser Agitation für die Monarchie war, daß die Bauernschaft von Tluga „dem König Josef von Polen" huldigte. Die erste Regierungshandlung des Königs bestand in der Bildung einer Leibgarde, die er aus den Bauernsöhnen von Tluga bildete. Dann erklärte er seinen Untertanen, daß ein König nur in einem Palais residieren könnte, worauf die Bauern ohne weiteres das beim Dorf gelegene Schloß des Gutsbesitzers Miedkiwicz, der gerade abwesend war, für ihren König Josef besetzten und ihm zur Verfügung stellten. Gerade am Namenstage Pilsudskis fand in Tluga die Krönung des Königs Josef statt, ohne daß man in Warschau von dieser Veränderung der polnischen Staatsform irgend etwas ahnte. Nur der Pan Miedkiewicz hatte durch seinen Verwalter von dem Treiben Josefs erfahren und beeilte sich, sein Schloß zurückzuerobern. Das bloße Erscheinen des Gutsherrn genügte, um die gesamte „Leibgarde" in die Flucht zu schlagen. „König Josef" wurde von der Polizei in Ketten abgeführt und wird nun entweder im Gefängnis oder im Irrenhaus seine Residenz finden.

Italien.

Ein Versuch, die Ueberfahrt von Europa nach den Ver. Staaten in einem besonders konstruierten Halb-Tauchboot in 50 Stunden zu bewerkstelligen, wird Ende dieses Jahres von Ettore Bugatti, dem Besitzer einer Automobilfabrik im Elsaß, unternommen werden. Bugatti, der italienischer Herkunft ist, erklärte nach einem Empfange bei Premier Mussolini, daß die Pläne für seine Erfindung fast beendet seien. Es wird erwartet, daß das Fahrzeug 2400 Pferdekräfte entwickeln und bei einer Fahrt bis zu 60 Stunden mit einer Geschwindigkeit von 62 Meilen die Stunde acht Personen mit sich führen kann. Bugatti sagte, er beabsichtige, das Schiff in einer römischen Automobilfabrik zu bauen.

Schweiz.

Die Abrüstungs-Vorbereitungskommission in Genf hat sich auf unbestimmte Zeit vertagt, nachdem es ihr nicht möglich gewesen war, sich über ein Abkommen zu einigen, das die Einberufung einer Internationalen Abrüstungskonferenz durch den Völkerbundrat gerechtfertigt hätte.

Präsident Loudon der Kommission erklärte, daß, trotzdem die Kommission die ihr zugeteilte Aufgabe, einen Vertragsentwurf für die Reduzierung der Rüstungen auszuarbeiten, nicht erfüllen konnte, die Beratungen der letzten fünf Wochen bewiesen hätten, daß eine erfolgreiche Abrüstungskonferenz in der Zukunft so gut wie gesichert sei. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die bevorstehende Weltwirtschaftskonferenz und die Dreimächte-Marinekonferenz den Weg zur Wiederaufnahme der Beratungen der Kommission ebnen würden. Wie er erklärte, erwartet er den neuerlichen Zusammentritt der Kommission ungefähr am 1. November.

Als kurz vor Schluß der Tagung der belgische Hauptdelegat Te Broudere erklärte, daß die Länder, die die allgemeine Wehrpflicht eingeführt haben, diese unter keinen Umständen aufgeben können, erwiderte Graf Bernstorff, er hoffe, Te Broudere werde alle Welt von der Richtigkeit seiner Auffassung, wonach die allgemeine Wehrpflicht notwendig sei, überzeugen können. Der deutsche Hauptdelegat sagte, als die großen Militärs in Versailles zusammensaßen und nach dem besten Mittel der Rüstungsbeschränkung für Deutschland suchten, seien sie im Gegensatz zu der heute vertretenen Meinung der Auffassung gewesen, daß man dem abrüstenden Staat jede Möglichkeit zur Ausbildung von Reserven nehmen müsse, da die Beschränkung der Reserven der einzige Weg zur Rüstungsbeschränkung sei. Diese Auffassung hatte das Deutschland aufgezwungene Militärsystem zur Folge. Im übrigen, meinte Graf Bernstorff, seien Methoden zur Erfassung der Reserven heute leicht zu finden, sobald diese durch Beschränkung des Militärdienstes in der Weise erzielt wird, daß eben eine geringere Ausbildung und eine geringere Zahl der ausgebildeten Mannschaften festgesetzt wird. Er sagte, daß die deutsche Delegation ein Abkommen, das nicht die ausgebildeten Reserven erfasse, nicht als Abrüstungsabkommen betrachten könne, da die ausgebildeten Reserven den wichtigsten Teil des modernen Heeres ausmachten. Wenn kein Mittel zu ihrer Herabsetzung gefunden wurde, müsse das ganze Abrüstungswerk scheitern.

Japan.

Das Kabinett beschloß, wegen der finanziellen Krisis ein 21tägiges Moratorium zu erlassen. Zugleich machte das Kabinett bekannt, daß eine Sondersitzung des Landtages auf den 5. Mai einberufen worden sei, um die Finanzlage zu erörtern. Das vom Kaiser Hirohito unterzeichnete Moratorium leistet als Mittel, die schwierige Finanzlage zu beheben, die Einstellung der Zahlungen auf die Dauer von drei Wochen in ganz Japan gut. Das Moratorium tritt sofort in Kraft, und es enthält die Vollmacht, die Verfügung, sobald es notwendig erscheinen sollte, auch auf Korea und Formosa auszudehnen. Es wird erwartet, daß das Geschäftsleben während der Zeit des Moratoriums fast vollständig zum Stillstand kommen wird, da die Banken nur genügend Fonds auszahlen werden, um die Gehälter und Löhne entrichten zu können, sowie Schecks bis zu 500 Yen oder etwa $250. Die Kaufhäuser und andere Geschäfte sind auf große Verluste gefaßt. Die am härtesten betroffenen Geschäfte werden wahrscheinlich die kleinen Fabriken und die Groß- und Kleinhändler sein. Hotels und Kurorte werden gleichfalls große Verluste zu gewärtigen haben, da nur wenig Geld im Umlauf sein wird.

China.

Die chinesischen Zeitungen veröffentlichen ein „an die ganze Welt" gerichtetes amtliches Manifest der chinesischen Nationalpartei, in welchem der britische Gesandte in Peking beschuldigt wird, die Besetzung von Schanghai und Nanking vorgeschlagen zu haben, für den Fall, daß die kantonesische Regierung die Forderungen der Fünfmächtenote nicht erfüllen sollte. Die Zeitungen erinnern an die Schlächtereien bei den Streiks in Schanghai und Singapore und an das britische Bombardement auf friedliche Bewohner von Wanhsien und fordern die Chinesen auf, das Joch der Militaristen und Imperialisten abzuschütteln, von denen die Briten die allerschlimmsten seien.

Nach Peking ist aus Tokio die halbamtliche Meldung gelangt, daß angesichts der Weigerung der Ver. Staaten, über die Kantonregierung sogenannte „Sanktionen" zu verhängen, eine zweite Fünfmächtenote wegen der Vorgänge in Nanking vorbereitet werde, welche lediglich nochmals die Erfüllung der drei Forderungen erheischen werde, die schon in der ersten Note enthalten waren, und daß eine weitere Erörterung der Angelegenheit für später vorbehalten werden soll.

Zweitausend Soldaten der chinesischen Nordarmee ertranken, als Geschosse der Kantoner Batterien bei Nanking ihre Schiffe im Jangtse-Flusse zum Sinken brachten. Zwei Schlepper, die ein Dutzend mit nördlichen Truppen gefüllte Boote zogen, versuchten in der Nähe der Befestigungen von Nanking auf das südliche Ufer des Jangtse hinüber zu gelangen. Ein Scheinwerfer deckte ihr Anrücken auf; von den Kantonern wurden achtzig Schüsse abgefeuert, und alle Schiffe versanken im Flusse.

Die schwersten Verluste, die ein Kriegsschiff der Vereinigten Staaten in chinesischen Gewässern bisher erlitt, wurden beigebracht, als Geschütze der Kantoner (Nationalistischen) Truppen das Hilfsschiff „Penguin" auf dem Jangtse-Flusse beschossen. Mehrere Mitglieder der Mannschaft wurden verletzt, eins von ihnen lebensgefährlich. Das Bombardement ereignete sich anscheinend ohne Ursache vor dem Fort Kangnin, 70 Meilen flußaufwärts gelegen. Dies war das 47. Mal, daß amerikanische Kriegs- oder andere Schiffe seit dem 26. August letzten Jahres beschossen wurden. Dieser Vorfall folgte kurz auf die Beschießung des Zerstörers „Peary" der Bundesmarine, welche sich am Sonntag bei Kiukiang am Jangtse, etwa 125 Meilen östlich von Hankau, ereignete.

Mexiko.

Nachdem die Regierung acht Erzbischöfe und Bischöfe aus dem Lande ausgewiesen und einen Priester standrechtlich erschossen hat, suchte sie anderer Priester habhaft zu werden. Erzbischof Pedro Vera Zuria von Puebla und Bischof José Manrique Zarrate von Huejutla wurden auf einen Zug nach Laredo gesetzt, kurz nachdem sechs Prälaten, unter ihnen Mora y del Rio, das Land verlassen hatten. Nachrichten von Monterrey im Staate Nuevo Leon besagen, daß die Behörden die Ausweisung von Juan José Herrera Pina, dem Erzbischof von Monterrey, angeordnet haben. Sein Aufenthaltsort ist nicht bekannt und die Polizei fahndet auf ihn. In gut unterrichteten Kreisen glaubt man, daß sich nur noch fünf katholische Prälaten im Lande aufhalten, unter ihnen der Erzbischof Orozcon Jimenez von Guadalajara, der sich verborgen hält.

Vereinigte Staaten.

Kapitänleutnant Noel Davis, der Vorbereitungen für den von ihm geplanten transatlantischen Flug von New York nach Paris traf, und sein Pilot Leutnant Stanton H. Wooster, haben das Leben eingebüßt, als der Riesen-Zweidecker „American Legion", in dem sie den Flug nach Paris zu unternehmen beabsichtigt hatten, bei einer Notlandung in der Nähe von Mestick, unweit des Langley-Flugfeldes in Virginia, zertrümmert wurde. Das Unglück ereignete sich auf dem letzten Probeflug, den die beiden Flieger ausführten. In den nächsten Tagen sollte das Flugzeug nach New York gebracht werden sollen, von wo aus der transatlantische Flug angetreten werden sollte, für dessen erfolgreiche Beendigung der Orteig-Preis von $25,000 ausgesetzt ist. Auf dem Probeflug führte das Flugzeug die gleiche Last mit sich, die es beim Antritt der Fluges nach Paris hätte tragen sollen. Die gesamte Last einschließlich des Gewichtes der Insassen und der Ausrüstung machte 16,480 Pfund aus, davon 9000 Pfund Gasolin und 800 Pfund Oel.

Entrechtung der Chinadeutschen rächt sich.

Ein französischer Journalist über die Lage im Reiche der Mitte.

Der Pariser „Matin" veröffentlicht einen Bericht seines Schriftleiters Jules Sauerwein, der China bereist, um sich an Ort und Stelle über die dortigen Zustände zu informieren. Sauerwein schreibt unter anderem:

„Als erstes möchte ich feststellen, daß die Chinesen im Ganzen den Fremden heute viel mehr als noch vor wenigen Jahren mit Haß gegenüberstehen. Was ehemals ein Instinkt des Pöbels war, ist heute zu einer Leidenschaft geworden, der sich auch die kultiviertesten Elemente nicht entziehen können. Wie ist dieser Haß zu verstehen? Er wurzelt durchaus nicht nur in dem Widerwillen gegen eine andere, vollkommen verschiedene Rasse, es liegt ihm die tiefe Ueberzeugung zugrunde, daß die Fremden, die auf chinesischem Boden leben, nur den einen Gedanken haben, **den Chinesen auszubeuten und zu tyrannisieren.** Und das schreibe ich Ihnen aus Peking, aus dem Peking, in dem Tschang Tso-Lin allmächtig ist oder es doch sein müßte, wenn die Macht der Waffen etwas zu bedeuten hätte. Sie können sich vorstellen, wie es in Hankau oder in Kanton aussehen mag, wo geschickte Agitatoren diese instinktiven Gefühle fordern, sie künstlich erhitzen und so zu einer sozialen und politischen Doktrin formulieren. Sie können sich vorstellen, was die Folge ist, wenn zu dem Haß des Chinesen gegen den Fremden noch der Haß der Armen gegen den Reichen oder, um die ortsüblichen Ausdrücke anzuwenden, des Proletariers gegen den Kapitalisten kommt.

„Die feindseligen Gefühle haben sich also in China bei einem an sich nicht übelwollenden Volk erstaunlich entwickelt. Die Ursachen sind nicht sehr schwer zu ergründen. Erstens kommt **der Krieg** in Betracht, in dem China unser Bundesgenosse war. Es hat nicht viel dabei geleistet; es hat sich damit begnügt, ungefähr 120,000 Soldaten nach Frankreich und Sibirien zu schicken, aber die Regierung des Reiches der Mitte hat aus diesem Bündnis sehr viel Ansehen oder, wie man hier sagt, „sehr viel Gesicht" gewonnen. Allerdings haben sie Dingtau zurückerhalten, aber sie sind der Ansicht, daß dieses Opfer den Japanern durch die Amerikaner aufgezwungen wurde. Was die Konzessionen betrifft, so waren die Russen die einzigen, die ein Opfer gebracht haben. Die Gründe, von denen sie sich dabei leiten ließen, sind den Chinesen gleichgültig. Sie sehen nur eines: die Sowjets haben ihnen die Konzessionsgebiete **wiedergegeben.**

„Am bedauerlichsten ist, daß man den Deutschen alle Rechte in China genommen hat. Es gibt fünftausend Deutsche im Lande, die vom Handel leben. Einige Abenteurer sind unter ihnen, einige Waffenfabrikanten, aber die große Mehrzahl sind ernste und arbeitende Menschen. In den Augen des chinesischen Volkes hat man sie zu Europäern zweiten Grades gemacht. Kürzlich wagte ein deutscher Arzt eine verzweifelte Operation an einer Frau, die an Darmtuberkulose litt. Sie starb, die ganze Familie griff die Sache auf und leitete einen Prozeß gegen den Arzt ein. Da der Deutsche bei seinem Konsulargericht kein Recht mehr findet, entschied der chinesische Richter allein. Es wird ein einheimischer Sachverständiger berufen und der Arzt wird verurteilt, weil er, wie der Experte erklärte, „die Brust öffnen mußte **und nicht den Bauch,** da es sich um eine Erkrankung der Lungen handelte." Ein deutscher Werkführer im Arsenal in Mukden geriet mit einem jungen Chinesen in Streit und versetzte ihm einen Faustschlag. Der Chinese fiel in den Straßengraben und schlug sich ein Loch in den Kopf. Die Wunde infizierte sich und er starb. Der Deutsche wurde von dem chinesischen Richter zu 8 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es, daß sein Vergehen nicht schwer wäre, wenn er ein Frau geschlagen hätte, aber dieser junge Mensch sei zufällig der einzige in einer Familie gewesen, der den Vorfahren die jährlichen Opfer darbringen könnte.

„Man hat mir unzählige Geschichten dieser Art erzählt. Alle Diplomaten, die ich gesprochen habe, sind einer Meinung, daß diese Ungleichheit dem europäischen Ansehen viel schädlicher ist als nur den Deutschen selbst, die sich schließlich mit ein paar Trinkgeldern der Strafe entziehen können. Die Chinesen aber, die ein schlaues und überlegenes Volk sind, sagen sich: „Daß die Deutschen ihre Privilegien verloren haben, beweist uns, daß ihr uns als Verbündete und sie als Feinde behandelt habt. Nachdem ihr uns ihren Konzessionsbesitz gegeben habt, verdienten wir noch eine weitere Belohnung. Ihr konnt also nicht weniger tun, als uns auch etwas von eurem Territorium zurückzugeben; die russischen Bolschewiken waren freigebiger als ihr." Wenn der unausweichliche Augenblick kommt, an dem man unsere Beziehungen mit China auf gerechter Basis und mit Berücksichtigung der großen europäischen Interessen reformiert, **darf man die Deutschen nicht mehr ausschließen und ebensowenig die Oesterreicher** oder irgend ein anderes europäisches Land, das Privilegien in China hatte.

„Ich weiß, daß man in Paris denkt, Frankreich sei in China beliebt und nehme eine vorteilhafte Stellung ein. Man solidarisiert sich nicht mit den unvorhergesehenen Entwicklungen der britischen Politik; und oft mit Recht. Aber an dem Tage, an dem in einer der überwölkerten großen Städte aus der Tiefe eine der Wogen aufsteigt, die ein ganzes Volk mit fortreißen, dann werden wir alle anderen brauchen und nicht mehr versichert bleiben als sie. Ich habe mich mit einer Anzahl von amerikanischen Missionären unterhalten. Sie haben sich durch den Ruf großen Freiturns und durch gewaltige Geldzuwendungen eine Stellung geschaffen, die bis in die entferntesten Winkel des Landes respektiert werden müßte. Nun, sie sind heute ebenso beunruhigt wie die anderen. Sie sind denselben täglichen Zwischenfällen ausgesetzt und rufen deshalb den Schutz ihrer Regierung an. Und doch haben sie den Chinesen gegenüber planmäßig eine Politik des Vertrauens und der Freundschaft betrieben.

„Das schwerwiegendste Moment besteht aber darin, **daß die Japaner seit dem Friedensschluß ihre Aktionsfreiheit wiedergewonnen haben.** In Washington von den Engländern verraten, mußte Japan auf seinen Ehrgeiz verzichten, in Schantung eine Kolonie für seinen Bevölkerungsüberschuß zu gründen. Es war gezwungen, Dingtau aufzugeben. Statt nun, wie früher, die englischen Interessen loyal zu verteidigen, bekämpft es sie, und England spürt heute das schwere Gewicht dieses Vertragsbruches gegen ein mächtiges Reich, das in der Lage ist, im Falle ernstlicher Störungen in China am wirksamsten einzugreifen. Die Entzweiung der Großmächte hat also bei einem Volke, das weder lösmüdig noch träge ist, einen Zustand geschaffen, der dem Anwachsen einer Gesamtbewegung gegen die Fremden außerordentlich günstig ist. Die militärische Unordnung und die Propaganda haben das übrige getan."